



N i e d e r s c h r i f t

**über die 18. öffentliche Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung,
Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung
in der Wahlperiode 2023/2027 am 19.11.2024**

Sitzungsraum: Ella Kappenberg Saal (VHS Bremerhaven)
Beginn: 16:00 Uhr
Ende: 17:23 Uhr

Teilnehmende:

Vorsitz

Herr Stadtverordnetenvorsteher von Haaren (SPD)

SPD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Dr. Hammann
Frau Stadtverordnete Ruser
Herr Stadtverordneter Viebrok

CDU-Fraktion

Frau Stadtverordnete Dertwinkel
Frau Stadtverordnete Kargoscha
Frau Stadtverordnete von Twistern

Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN + P

Frau Stadtverordnete Schiller

BD-Fraktion

Herr Stadtverordneter Timke, MdBB

WfB-Fraktion

Frau Stadtverordnete Ax

FDP-Fraktion

Herr Stadtverordneter Miholic

AfD-Gruppe

Herr Stadtverordneter Jürgewitz

Beratende Mitglieder:

Frau Stadtverordnete Knorr
Herr Stadtverordneter Lichtenfeld, MdBB
Herr Stadtverordneter Schuster, MdBB

Entschuldigt:

Frau Stadtverordnete Brand (DIE LINKE)

Schriftführung:

Herr Littmann
Herr Jährling

Weitere Teilnehmende:

Magistrat:	Stadtrat Günthner Stadtrat Prof. Dr. Hilz - bis 17:07 Uhr anwesend
Rechnungsprüfungsamt:	Herr Thiele Frau Noormann
Gesamtpersonalrat:	Herr Riebensahm
Personalrat AVD:	Herr Schildt - ab 16:16 Uhr anwesend
Frauen- & Gleichstellungsbeauftragte:	Frau Perau
Gesamtschwerbehindertenvertretung:	Herr Thomas
Zu TOP 4.1:	Petent - bis 17:00 Uhr anwesend

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN eröffnet die Sitzung um 16:00 Uhr. Er stellt fest, dass die Sitzungsunterlagen fristgerecht zugegangen sind und der Ausschuss beschlussfähig ist. Er weist auf das Mitwirkungsverbot gemäß § 11 der Verfassung der Stadt Bremerhaven hin.

Folgende Tischvorlagen liegen vor:

- TOP 1.1 - Einwohnerfrage Hero Lang - § 40 VerfBrhv – Vorlage Nr. V+G/VGB 107/2024
- TOP 4.1.1 - Petition i. S. "Der Generalmusikdirektor muss Teil der Theaterleitung bleiben!" -Vorlage Nr. V+G/P 14/2024 – 1
- TOP 4.1.2 - Petition i. S. "Kindergartenneubau ja, aber nicht im ROTLICHTMILIEU" - Vorlage Nr. V+G/P 16/2024 - 1

Weitere Anträge zur Tagesordnung gibt es nicht.

Beschluss (Tagesordnung):

Der Ausschuss ist mit der vorliegenden Tagesordnung einverstanden.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

1. Einwohnerfragestunde**1.1. Einwohnerfrage H. L. - § 40 VerfBrhv - Tischvorlage****V+G/VGB
107/2024**

H. L.: Wenn Ihre Nachforschung zu meiner mündlichen Frage vom 24.09.2024 keine Anhaltspunkte gebracht haben, dass der Beschluss der StVV vom 27.10.2016 nicht formgerecht und kurzfristig umgesetzt wurde - dann ist das doch ein schweres Versäumnis des Magistrates, in dem er die Ausführung nach § 40 der VerfBrhv nicht fristgerecht umgesetzt hat und somit den Bürgern der Stadt Bremerhaven einen schweren Schaden zugefügt hat?

Zusatzfrage: Wann wird diese Notlage von Bürgern der Stadt Bremerhaven wieder als Thema auf der Tagesordnung der Stadtverordnetenversammlung stehen?"

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN: Wie bereits in der Sitzung des Ausschusses für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung am

24.09.2024 mitgeteilt wurde in der 9. Öffentlichen Sitzung der StVV am 27.10.2016 gemäß Protokoll in der Angelegenheit wie folgt beschlossen:

„Die Stadtverordnetenversammlung beschließt einstimmig entsprechend des geänderten Einwohnerantrags die Schaffung von Entwässerungsmaßnahmen im Bereich des von der Stilllegung des Wasserwerkes Wulsdorf tatsächlich betroffenen Gebietes, mit dem Ziel den steigenden Grundwasserspiegel auf ein für Gebäude, Straßen und Natur unschädlichen Stand zurückbringen und auf diesem Niveau zu halten.“

Eine „*formgerechte und kurzfristige Umsetzung*“ ergibt sich weder aus dem zitierten Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.10.2016, noch aus § 40 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven.

Gerne verweise ich zur Umsetzung des o. g. Beschlusses auf die ausführlichen Mitteilungen im Bau- und Umweltausschusses. Zuletzt wurde Ihnen der Sachstand im Rahmen Ihrer Einwohnerfrage in der BUA-Sitzung am 05.09.2024 durch Stadträtin Toense mitgeteilt.

Ihre Zusatzfrage kann ich nicht beantworten, da diese Frage meinen Bereich nicht betrifft.

Zusatzfrage H. L.: Wenn man den § 40 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven richtig liest, dann steht dort drin, dass wenn ein Beschluss gefällt wird, der Magistrat die Möglichkeit hat, innerhalb von 4 Wochen dazu Stellung zu nehmen und mitzuteilen, ob der Beschluss umsetzbar ist. Und wenn es nicht der Fall ist, so hat der Magistrat die Möglichkeit und kann Vorschläge machen. Und dies ist nicht erfolgt. Darauf zielt meine Frage.

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN: Ich zitiere § 40 der Verfassung für die Stadt Bremerhaven:

„§ 40 Ausführung der Beschlüsse

(1) Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung sind vom Magistrat auszuführen.

(2) Beschlüsse, die

- 1. die Durchführung der Geschäftsordnung,*
- 2. die Geltendmachung von Ansprüchen der Stadt gegen den Magistrat,*
- 3. die Amtsführung des Magistrats*

betreffen, führt die Stadtverordnetenversammlung selbst aus. Sie kann zu diesem Zweck eine besonders bevollmächtigte Person wählen.“

Ich bleibe bei meiner Antwort.

Keine weiteren Wortmeldungen

2. Genehmigung der Niederschrift

2.1. Niederschrift über die 15. öffentliche Sitzung in der 21. Wahlperiode am 24.09.2024

**V+G/VGB
103/2024**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss genehmigt die Niederschrift in der vorgelegten Fassung.

Der Beschluss ergeht bei 1 Enthaltung (Ax).

3. Sachstandsbericht

3.1. Sachstandsbericht gemäß § 49 Abs. 2 GStVV

**V+G/VGB
99/2024**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt den Sachstandsbericht zur Kenntnis.

4. Vorlagen/Vorträge

4.1. Petitionen

4.1.1. Petition i. S. "Der Generalmusikdirektor muss Teil der Theaterleitung bleiben!" (Tischvorlage)

**V+G/P
14/2024 - 1**

Der Petent stellt kurz seine Petition vor und erläutert die Hintergründe der Petition.

Stadtverordneter Dr. HAMMANN berichtet kurz über seine Tätigkeit als Berichterstatter. Er führt aus, dass durch den Petitionsausschuss keine Verwaltungsentscheidung vom Magistrat korrigierbar sei.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ nimmt zu der Petition Stellung und verliest viele Punkte seiner schriftlichen Stellungnahme.

Stadtverordneter TIMKE schlägt vor, dass der Petent noch mal das Wort erhält, damit er auf die Aussagen von Stadtrat Prof. Dr. Hilz Stellung zu nehmen darf.

Beschluss (nochmaliges Rederecht Petent):

Der Ausschuss stimmt zu.

Der Beschluss ergeht bei 7 Ja-Stimmen (Ax, Dertwinkel, Jürgewitz, Kargoscha, Schiller, Timke, von Twistern) und 5 Enthaltungen (Stadtverordnetenvorsteher von Haaren, Dr. Hammann, Miholic, Ruser, Viebrok).

Der Petent führt aus, dass die letzte Änderung der Theater-Leitungs-Dienstvereinbarung im Jahr 1991 politisch beschlossen wurden sei. Zudem sei die Dienstvereinbarung auch im Ausschuss für Schule und Kultur behandelt wurden. Auf die erhobenen Vorwürfe möchte er an dieser Stelle nicht eingehen.

Stadtverordneter TIMKE bittet Stadtrat Prof. Dr. Hilz um Mitteilung, wie er sich einen ergebnisoffenen Dialog vorstellen würde.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ verweist auf den Magistratsbeschluss. Unterhalb vom Magistratsbeschluss könnte man über verschiedene Themen sprechen. Hierzu habe die Theater-Leitung einen Vorschlag unterbreitet, welcher schriftlich an die Musikerinnen und Musiker versandt wurde. Auf dieser Basis seien ergebnisoffene Gespräche möglich.

Stadtverordneter MIHOLIC erinnert daran, dass der Petitionsausschuss eine Verfahrensordnung hat. Im Kern werde nicht das inhaltliche Anliegen der Petition beraten, sondern wie der Petitionsausschuss mit dieser verfahren möchte. Er verweist auf aktuelle Gespräche und darauf, dass das ganze Verfahren noch nicht in Gänze abgeschlossen sei.

Stadtverordneter SCHUSTER kritisiert, dass sich die ganze Thematik seit Wochen und Monaten hinziehe. Er kritisiert den ehemaligen Stadtrat Frost, welcher aus seiner Sicht nicht in der Lage gewesen sei, eine vernünftige Einigung herbeizuführen. Er habe die Erwartungshaltung, dass Stadtrat Prof. Dr. Hilz dafür Sorge trage, dass ein vernünftiges Ergebnis erzielt werde.

Stadtverordnete SCHILLER fragt Stadtrat Prof. Dr. Hilz nach eingeleiteten Schritten zum Thema Vertrauen.

Stadtrat Prof. Dr. HILZ antwortet, dass er in seiner bisherigen Amtszeit von 2,5 Wochen die Theater-Leitung dazu ermutigt habe, einen Gesprächsleitfaden aufzuschreiben und das Orchester für den 11. November 2024 einzuladen. Das Orchester sei zu dem Termin jedoch nicht erschienen.

Erste Beisitzerin VON TWISTERN regt an, dass die Diskussion über Entscheidungsbefugnisse, Politik vs. Verwaltung an dieser Stelle nicht weitergeführt werde. Sie verweist auf einen gültigen Magistratsbeschluss und der Petitionsausschuss könne da wenig ausrichten. Die Politik habe jedoch eine politische Verantwortung für das Theater und auch für alle anderen Einrichtungen. Es sei aus ihrer Sicht auch legitim, getroffene Entscheidungen zu hinterfragen. Jedoch sei eine Blockadehaltung, egal von welcher Seite, inakzeptabel und zu verurteilen. Stadtrat Prof. Dr. Hilz habe aus ihrer Sicht dafür Sorge zu tragen, dass alle beteiligten Akteure an einem Tisch vernünftig miteinander reden.

Aus Sicht des Stadtverordneten TIMKE würde die Erste Beisitzerin von Twistern den Menschen Sand in die Augen streuen. Er habe das Gefühl, dass die Koalition immer versucht darzulegen, dass der Petitionsausschuss ein zahnloser Tiger sei. Er bewerte seine Rolle im Petitionsausschuss anders. Er führt aus, dass der Magistrat das ausführende Organ der Stadtverordnetenversammlung sei.

Stadtverordnete AX stimmt den Ausführungen des Stadtverordneten Timke zu. Aus ihrer Sicht haben die Stadtverordneten das Recht abzustimmen.

Stadtverordneter SCHUSTER fordert Stadtrat Prof. Dr. Hilz schnellsten dazu auf, Gespräche mit allen beteiligten Akteuren stattfinden zu lassen.

Weitere Wortbeiträge: Miholic, Viebrok, von Twistern

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Petition und die Stellungnahmen von Stadtrat Prof. Dr. Hilz sowie vom Petenten zur Kenntnis.

Der Ausschuss bittet um Wiedervorlage zur nächsten Sitzung.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

4.1.2. Petition i. S. "Kindergartenneubau ja, aber nicht im ROTLICHTMILIEU" (Tischvorlage)

**V+G/P
16/2024 - 1**

Stadtverordnete AX stellt kurz ihre Petition vor und erläutert die Hintergründe der Petition.

Die Berichterstattenden KARGOSCHA und SCHILLER teilen mit, dass sie sich aktuell in einer Terminabstimmung zwecks eines Ortstermins befinden würden.

Stadtrat GÜNTNER nimmt zu der Petition Stellung und verliest viele Punkte seiner schriftlichen Stellungnahme.

Stadtverordneter TIMKE bittet Stadtrat Günthner um Mitteilung, ob es Alternativvorschläge in Lehe gegeben habe.

Stadtrat GÜNTNER teilt mit, dass die Verwaltung zwei weitere Vorschläge geprüft habe. Der eine Standort gehöre einem Dritten und das gesamte Verfahren wäre insgesamt aufwendiger gewesen. Beim zweiten Standort hätte der Bebauungsplan angefasst werden müssen und somit hätte sich das Verfahren deutlich verzögert.

Stadtverordneter SCHUSTER teilt die Auffassung von der Stadtverordneten Ax, dass es einen besseren Platz für einen Kita-Neubau geben würde. Er möchte die Batteriestraße als Vorschlag einbringen.

Stadtrat GÜNTNER erklärt, dass bereits zwei Kitas in Lehe vorhanden seien. Er habe bisher keine großen Widerstände gegen beide Einrichtungen wahrgenommen.

Stadtverordnete AX erwidert, dass es ihr nicht nur um das Rotlichtmilieu gehen würde. Aus ihrer Sicht gehe es um die gesamte Umgehung sowie um die Baumrettung. Sie verweist auf die Bürgerinitiative Baumrettung, welche viele Vorschläge unterbreitet habe.

Stadtrat GÜNTNER wirft ein, dass bei einem Kita-Neubau am Hafen oder an einer Hauptverkehrsstraße das Thema Emissionsschutz eine Rolle spiele.

Stadtrat GÜNTNER antwortet auf die Frage der Stadtverordneten KNORR, ob die Kita in der Batteriestraße vergrößert werden könnte, dass dies aus seiner Sicht nicht realistisch sei. Hier sei nicht genug Platz vorhanden.

Frau PERAU erklärt, dass in besagter Ecke in Lehe bereits eine Kita vorhanden sei. Aus ihrer Sicht sollte eher das Problem mit den Drogenabhängigen, der Gewalt und der Prostitution angefasst werden, als die Frage hinsichtlich eines Kita-Neubaus.

Weitere Wortbeiträge: Ax, Lichtenfeld, Stadtrat Günthner

Beschluss:

Der Ausschuss nimmt die Petition zur Kenntnis und bittet um Wiedervorlage zur nächsten Sitzung.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

4.2. Verfassung, Geschäftsordnung und Bürgerbeteiligung

4.2.1. Einsatz eines neuen Videokonferenzsystems (Zoom X) - Aufhebung von 2 Beschlüssen des V&G

**V+G/VGB
88/2024**

Keine Wortmeldungen

Beschluss:

Der Ausschuss für Verfassung, Geschäftsordnung, Petitionsangelegenheiten und Bürgerbeteiligung nimmt zur Kenntnis, dass beim Magistrat der Stadt Bremerhaven das Streaming-fähige Videokonferenzmodul Zoom X verwendet wird.

Der Ausschuss begrüßt den Wechsel von Jitsi zu Zoom X und spricht sich dafür aus, dass ab sofort auch für Videokonferenzen nach § 46 a GStVV das beim Magistrat der Stadt Bremerhaven eingesetzte Videokonferenzmodul Anwendung findet.

Der Ausschuss hebt seinen Beschluss vom 7. September 2021 zu TOP 4.1 (Vorlage V+G/VGB 43/2021) und seinen Beschluss vom 22. November 2022 zu TOP 4.2 (Vorlage V+G/VGB 44/2022) auf.

Der Beschluss ergeht einstimmig.

5. Anträge

Es liegen keine Anträge vor.

6. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

7. Mitteilungen

Es liegen keine Mitteilungen vor.

8. **Verschiedenes**

- Bürgerbegehren Bürgerinitiative Baumrettung Lehe

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN teilt mit, dass die Bürgerinitiative Baumrettung Lehe am 05.11.2024 mitgeteilt habe, dass ein Bürgerbegehren in Arbeit sei, welches sich gegen die beabsichtigte Bebauung (Kita) des Grundstücks und für den Erhalt des Waldes an der Weichselstraße richten würde. Es sei nach Mitteilung der Bürgerinitiative Baumrettung Lehe geplant, bis Ende des Jahres die erforderlichen Unterstützungsunterschriften zu sammeln.

Die Stadtverordnetenversammlung werde sich nach erfolgter Einreichung mit der Thematik befassen.

Keine weiteren Wortmeldungen

Stadtverordnetenvorsteher VON HAAREN schließt die Sitzung um 17:23 Uhr.

Vorsitzender

Schriftführung

T. von Haaren
Stadtverordnetenvorsteher

Littmann